

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

271 (19.11.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postamt monatlich 1.20 M., 1/2jährig 3.60 M., 3/4jährig 5.40 M., 1.30 bezw. 3.90 M.; durch die Post 1.34 M. bezw. 4.02 M.; durch die Feldpost 1.35 M. bezw. 4.03 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 1/2-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 451.

Anzeigen: Die Spall. Kolonelleile od. deren Raum 20 J. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluss der Annahme 1/2 Vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Der Rat der Sowjets an die deutsche Regierung.

Berlin, 18. Nov. Der von der deutschen Presse erwähnte Funkpruch der russischen Regierung an die Arbeiter, Soldaten- und Matrosenräte, worin sie zu einem bewaffneten Vorgehen und zur Bildung einer Regierung Liebnechts aufgefordert werden, lautet in seinem maßgebenden Text folgendermaßen:

„Soldaten und Matrosen! Gebt die Waffen nicht aus der Hand. Es gilt mit der Waffe in der Hand die Macht überall wirklich zu übernehmen und eine Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenregierung mit Liebnecht an der Spitze zu bilden. Macht euch keine Nationalversammlung aussuchen.“

An zuständiger Regierungsstelle ist man der Ansicht, daß jeder Versuch eine unberechtigte Einmischung in die deutschen Verhältnisse bedeutet und außerdem die Anerkennung des Standpunktes erfordert, den die russische Forderung gegenüber der deutschen Regierung einnimmt. Die deutsche Volk will mit allen Völkern in Frieden leben, also auch mit den Sowjets in Rußland, es kann aber erwarten, daß sein Recht auf Selbstbestimmung, wie in Staatsverhältnissen allerseits geachtet wird und daß Einflüssen von außen her unterbleiben.

Anmerkung der Redaktion: Das fehlte uns noch die Konsequenzen eines Schrittes auf uns zu laden, wie in die russische Regierung den deutschen Arbeiter-, Soldaten- und Matrosenräten vor schlägt. Wir haben durch die russische Forderung noch nicht Unheil genug über uns gebracht, es ist, freilich, noch nicht genug der Gefallenen, der Krüppel, der Verarmten, der Witwen und Waisen und der Hungerlöhner. Nun soll nach Herrn Lenin und Trotzki der Krieg nicht einig, von mir bei der Durchführung ihrer Maßnahmen, sei es im Land, sei es im Ausland, uns diesen traurigen Pflichten. Das bolshewistische Experiment hat in Rußland, soviel „Segen“ über das Volk gebracht, daß die russische Regierung so geschickt tut, es zur Initiative zu empfehlen. Jedenfalls wüßten wir: wenn es der größte Feind darauf abgesehen hätte, uns um alle junge und noch keimende Freiheit zu bringen, so hätte er gar nichts anderes erfinden können, als es dieser Vorklage der russischen Regierung zu tun. Das ist sicher: käme es zum Kampf der Sowjetrepublik mit noch gegen das übrige Deutschland, welches auf und davon ist sich jetzt durch Bildung einer Konstituante eine feste konstitutionale Staatsform zu geben, dann hätte es mit der Konstituante der Verfassung seitens der Weltöffentlichkeit ein Ende. Dann würden die deutsch-amerikanischen Lebensmittelpatente nicht nach Sambaria fahren, sondern schon dort bleiben; oder von der Entente gekapert werden, dann würden die Unterhändler für den Präliminarfrieden ruhig zu Hause bleiben. Dafür bekämen wir den westlichen Mitteleuropas Land und der würde schon für „geordnete“ Zustände sorgen. Diese Restauration wäre eine Reaktion und keine Wende. Und dann wäre es möglich, daß die einmühtigen Arbeiter, Soldaten und Matrosen bei uns für die Revolution zu sorgen hätten.

Ueberquerung der Kriegsschiffe.

London, 18. Nov. Das Reutersche Büro erfährt, daß die Sachverständigen der deutschen Republik, Admiral Meurer und sein Stab, an Bord des Kriegsschiffes des Admirals Beatty's „Queen Elizabeth“ am Freitag abend empfangen wurden. Der deutsche leichte Kreuzer des Admirals Meurer und der Delegierten traf Freitag nachmittags an dem auf drahllosem Wege vereinbarten Grenzpunkt auf der See ein und wurde zum Firth of Forth eskortiert. Hier wartete ein Zerstörer und brachte den Admiral Meurer und seinen Stab auf die „Queen Elizabeth“. Meurer wurde an Bord vom Kommodore Brandt empfangen und wurde zur Kabine des Admirals Beatty geleitet, wo die Konferenz am Sonntag abend beendet wurde. In Meurers Stab befinden sich der Kommandant der Zepeline und der Kommandant der U-Boote. Die holländischen Delegierten blieben an Bord des Kreuzers „Königsberg“.

Kiel, 18. Nov. Den während des gestrigen Tages nach der Nordsee ausgelaufenen Linien Schiffen und Kreuzern folgten heute Vormittag die Flotillen der Unterseeboote durch den Kanal. Die Linien Schiffe und Kreuzer sollen am Dienstag Nachmittag am Firth of Forth sein. Dort werden sie durchsucht, worauf sie ein Abreisekommando erhalten, das sie in die für sie bestimmten Häfen bringen wird.

Die Einfuhr von Lebensmitteln.

Christiania, 18. Nov. „Socialdemokraten“ veröffentlicht eine Einladung der Leitung der norwegischen Arbeiterpartei an die norwegische Regierung, worin diese aufgefordert wird, bei den Entente Staaten dahin zu wirken, daß Norwegen die Möglichkeit gegeben werde, so rasch wie möglich außer den gemäß dem Abkommen mit Amerika festgesetzten Mengen an Lebensmitteln diejenigen Schwärzen, namentlich Fischprodukte, an denen Norwegen noch Überfluß habe, an die deutsche notleidende Bevölkerung, die einer raschen Hilfe bedürfte, zu senden.

Christiania, 31. Nov. Das Regierungblatt „Intelligensbladet“ schreibt zu der gestern gemeldeten Aufforderung der norwegischen Arbeiterpartei an die norwegische Regierung, der notleidenden Bevölkerung Deutschlands norwegische Fischwaren zu senden, dieser Aufforderung hätte es gar nicht bedürft, da die norwegische Regierung sofort aus eigener Initiative Schritte bei der Entente getan hat, um von dieser die erforderliche Zustimmung zu der bisher vertraglich ausgeschlossenen Ausfuhr von norwegischen Fischwaren über ein gewisses Quantum hinaus zu erlangen. Es bedürfte auch gute Aussichten, daß sehr bedeutende Mengen norwegischer Fische nach Deutschland geschickt werden können. Die norwegische Regierung habe alle möglichen Vorkehrungen getroffen, um die bereitgehaltenen Waren sofort zu verschiffen, sobald die zu erwartende Zustimmung der Entente Regierungen vorliege.

Bern, 17. Nov. (Nicht amtlich.) Da in jüngsten Handelskreisen die irrtümliche Auffassung zu bestehen scheint, daß angesichts des bevorstehenden Friedensschlusses die Grenzen für die Warenausfuhr in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder geöffnet würden und in dieser Fassung Warenausfuhr unter Entgegennahme ausländischer Bestimmungen stattfinden, macht das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement darauf aufmerksam, daß der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft nur allmählich stattfinden und namentlich bezüglich Lebensmitteln, Lebensmittelgegenständen und anderer unentbehrlicher Artikel die Freigabe des Exports nicht in Frage kommen kann, bevor der inländische Bedarf vollkommen gedeckt ist und der Warenausfuhr keine Schwierigkeiten mehr im Wege stehen.

Köln a. Rh., 17. Nov. (Nicht amtlich.) Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht nachstehenden Punktpruch an alle Regierungen in den Ländern der Alliierten und an die Regierungen in den neutralen Ländern. Die Vertreter der Presse in Köln und im Rheinland weisen die Behauptungen der ganzen Welt auf die unerbittliche Notlage der Rheinlande hin, in die sie durch die harten Waffensstillstandsbedingungen verfallen. Die Herausgabe eines großen Teils des Eisenbahnmateriale beruht uns durch die Entwertung der Verbindung mit dem Osten zur Hungersnot. Es ist uns außerdem unmöglich, große Beziehungen zu verpflegen. Der Rückzug der Arme durch unser Land verheerungstunig außerhalb des Verbrauch der Lebensmittel. Wir bitten im Namen der Menschlichkeit die Presse der ganzen Welt, für die betroffenen Rheinlande einzutreten und zu fordern, daß das durch den langen Krieg schon erschöpfte Land nicht völlig niedergedrückt werde. Der menschliche Sinn in den allen Kulturländern am Rhein ist der ganzen Welt bekannt. Schützt uns darum durch die Macht eures Einflusses vor Gewalttat und Unmenschlichkeit!

Weitere Zugeständnisse der Alliierten.

Berlin, 17. Nov. Das Mitglied der deutschen Waffensstillstandskommission, Pfeiffer, veröffentlicht in der „B.Z.“ die Fortsetzung des Berichtes über die Verhandlungen mit Foch. Er gibt eine ausführliche Darstellung der Zugeständnisse, die die Kommission erzielt habe und zwar ganz aus eigenem Entschluß und auf eigene Verantwortung. Diese Zugeständnisse sind sehr zahlreich, aber in ihrer Mehrzahl bereits bekannt.

Einen wichtigen Erfolg erzielte die Kommission in der elfjahr-lothringischen Frage. Sie reichte nämlich durch, daß die Reichslande nicht als pays envahi, d. h. (von Deutschland) belehntes Gebiet bezeichnet wurden. Die Anwendung der Wilson'schen Grundzüge auf diese Frage bei den Friedensverhandlungen wurde dadurch völlig gemacht.

Ferner ist erreicht worden, daß Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung in dem linksrheinischen Gebiete unverändert, also deutsch bleibt. Ferner dürfen die Industrieanlagen nicht enteignet, im Verfall verfallen, oder irgendwie schmelzgelegt werden. Das gilt besonders für die deutschen Werke in Elsaß-Lothringen. Weiter wurde erreicht, daß die Nichterhaltung der Räumungsschriften kein Grund zur Kündigung des Waffensstillstandes sein soll.

Die Forderung der rechtsrheinischen Brückenköpfe konnte nicht befreit werden. Die Entente berief sich auf das Telegramm Bethmanns an den Pariser Botschafter, Baron Schoen, von Ende Juli 1914, worin als Garantie der Neutralität Frankreichs die Besetzung Louis, Epinals und Verduns gefordert worden war.

Ganz neu ist endlich die Mitteilung, daß die deutschen Truppen in Ostafrika nicht bedingungslos kapitulieren müssen. Es wurde vielmehr ein ehrenvoller Abzug für sie erzielt. Sie werden bis zur Ankunft deutscher Schiffe in Sansibar, auf denen sie heimbeordert werden, von der Entente verpflegt. Endlich bleibt es auch Deutsch-land vorbehalten, seine Kriegsschäden anzumelden.

Luxemburg und Belgien.

Von der französischen Grenze, 18. Nov. Die luxemburgische Kammer nahm eine Tagesordnung an, wodurch die Gesetzgebung eingeleitet wird, auf die Ausübung der inneren Gewalt zu verzichten bis das Volk durch ein Referendum die künftige Staatsform bestimmt habe. Luxemburg will in freier Freundschaft mit Belgien bleiben oder einfach zu Belgien zurückkehren.

Belgiens Verzicht auf die Neutralität.

Wafel, 18. Nov. Nach einer Meldung der Neuen Korrespondenz aus Washington brachte die belgische Gesandtschaft in Washington offiziell die Mitteilung über Regierung zur Kenntnis in Bezug auf die Neutralitätsgarantien zu verzichten.

Die Trennung von Kirche und Staat.

Karlsruhe, 19. November.

Wenn ein Politiker der bürgerlichen Parteien zu diesem Problem Stellung nimmt, so kann er ohne weitere Vorbemerkungen sein Diktum abgeben und dieses Diktum selbst begründen. Für einen Sozialdemokraten liegt das nicht so. Der muß erst ein altes Vorurteil über den Haufen werfen, ehe er sich zur Trennungfrage äußern kann. Die Sozialdemokratie gilt außerhalb und vielfach auch innerhalb ihres Landes als absolut religions- und kirchenfeindlich, und wenn sie für die Trennung der beiden Institutionen eintritt, so wird sie von den Kirchenparteien einfach mit dem Einwande abgetan: von euch ist nichts anderes zu erwarten, ihr seid als Religions- und Kirchenhasser an eine negative Entscheidung gebunden.

So oft das auch gesagt werden und so weit es auch selbst unter sozialdemokratischen Angehörigen — Glauben finden möge, es ist einfach nicht wahr, daß der Sozialismus religions- und kirchenfeindlich sei. Versteht man, worauf es der Kirche ja am meisten ankommt, unter Religion einen Zusammenhang von Lehren und Dogmen über die Schöpfung und Gestaltung der Welt, so hat ein Sozialist völlig freie Hand, sich seine Ueberzeugung davon nach eigenem Ermessen zurechtzulegen. Der Sozialismus ist tolerant, bedeutet nicht nur, wie das auch einmal gemeint worden ist, daß er seine Mitglieder von allem Glaubenszwang entbinde, sondern es bedeutet die völlige Abkehr, sich in religiösen Fragen derjenigen Ansicht anzuschließen, die ihm die einleuchtendste Lösung des Schöpfungsproblems zu sein scheint. Mit beiden Füßen auf dem Boden des Sozialismus stehend, kann man dem Bekenntnis jeder Kirche oder Sekte angehören oder auch nicht angehören, solange man so gut gläubiger Christ wie Jude, Mohammedaner, Brahmane oder Aheist sein.

Wie sollte denn auch der Sozialismus dazu kommen, ein bestimmtes Verhalten in Glaubensangelegenheiten vorzuschreiben? Er müßte in dem Falle ja von sich aus, aus dem Schoße seiner Lehren ein bestimmtes Programm mit bestimmten Argumenten beibringen können. Daß er dieses leisten kann, ist völlig ausgeschlossen. Der Sozialismus ist eine bestimmte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung oder vielmehr eine Ansicht von dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Lösung der religiösen Zentralprobleme fällt aber nicht Ermäugungen wirtschaftlich-sozialen Charakters zu, sondern eine Betrachtung, die ihren Weg durch die Naturwissenschaft und Geschichte wie über die individuelle Erfahrung nehmend, in die philosophische Ueberlegung mündet. Ich muß zunächst aus der Naturwissenschaft ein Gesamtbild über die innere Verfassung und den Zusammenhang der univervellen Vorgänge gewinnen, ich muß durch die Geschichte über die einzelnen Völkerschicksale und über die ihren Schicksalen zugrundeliegenden Bestrebungen und Ideen unterrichtet sein, dann erst kann ich, in Harmonie mit meinen persönlichen Erfahrungen, über das Weltganze und seine Stellung, über Gott und Schöpfung eine wissenschaftlich basierte Schlußbetrachtung anstellen. Von alledem braucht im sozialistischen Programm und in sozialistischen Erörterungen so wenig die Rede sein wie in einem Exzerptreglement. Deshalb darf aber auch keine Rede davon sein, daß der Sozialismus seine Parteigliedern an eine bestimmte Glaubensanschauung binde.

Tut er es doch, so könnte er sich selbst in schönem Mißkredit bringen. Nehmen wir den Fall an, ein sozialistischer Agitator verpflichtet seine Parteigenossen zum Aheismus, er mag den Eintritt in die Partei von dem Bekenntnis abhängig, daß es keinen Gott, sondern nur eine mechanisch-zufällige Schöpfungsaktion, wie man in dem Falle meinen muß, eine Anammulung und Maffierung zufällig zusammengeworfener kleinerer Teile, der sogenannten Atome, gebe. Nach Ablenung dieses Bekenntnisses aber geht vielleicht ein oder der andere Parteigenosse in das anatomische Laboratorium und studiert etwa den Bau des Auges. Er sieht, wie hier die einzelnen Teile mit den anderen zusammenhängen und wie sie in dieser Zusammenhänge und im Kontakt mit dem Gehirn, an dem eigenartigen Erfolge des Sehenkönnens zusammenwirken. Dieselbe Beobachtung macht er jedann beim Ohr, nur daß der Enderfolg der funktionellen Zusammenhänge der einzelnen Teile hier das Hören ist. Bei jedem Organ des menschlichen Körpers wiederfährt ihm die gleiche Erkenntnis und er kommt dahinter, wie das Geschehe aller einzelnen Organe in ihrem Bau und in ihrer Verbindung ein Zusammenstimmen aller Teile zu der Möglichkeit des Lebens, des Lebenskönnens ist. Ginterher belehren ihn auch Chemie, Physik, Entwicklungsphysiologie und Astronomie, daß der Gesamtbau des Universums eine Harmonie kleinerer Teile ist, gestützt durch den Erfolg der Erhaltungsfähigkeit des Ganzen, er erzählt nun, was auf Goethes Faust den überwältigenden Eindruck machte: „Wie alles sich zum Ganzen webt, eins in dem andern wirkt und lebt, wie Himmelsträfte auf- und niedersteigen und sich die goldenen Eimer reicher — harmonisch all das All durch-

Handwritten notes and advertisements in the left margin, including names like 'Heil', 'Lage 2', 'Lepziger', 'Lze', 'Art', 'Sachen', 'Formen', 'Auswahl', 'Laden', 'K. Schorpp', 'Welschplatz', 'Kaufhaus', 'Kittel', 'Küche', 'Blusen', 'Schleier', 'Schmid', 'Hamburg', 'Karlsruhe', 'Schmid', 'Hamburg', 'Karlsruhe'.

Klingen." Wird er sich angefechtigt solcher Bekehrungen, bei einer Schärferung über die Möglichkeit dieser Harmonien mit der Ausübung des atheistischen Parteifanatikers begnügen? Wird er wirklich bekennen, das alles ist das Werk des Zufalls? Wird er sagen: Die Atome sind eben einmal so zusammengewirfelt und daraus ist das Weltall geworden, wie wir es heute haben? O nein! Wenn er ein bißchen heller Kopf ist, wird er ganz kategorisch erklären: So wenig wie Beethoven's Name Symphonie durch das bloße Ausprobieren auf den Klavierklappen zustande gekommen ist, so wenig wie ein Kölner oder Mailänder Dom durch den Einzug einer Gebirgsmasse entstehen kann, genau so unmöglich ist es, daß das Unwissen in dieser wunderbar kunstvollen Anordnung einfach per Zufall entstanden ist. Jener atheistische Parteifanatiker aber wird ihm als abergläubischer Charlatan erscheinen und hat er für dieses atheistische Bekenntnis die Autorität der sozialistischen Partei in Anspruch genommen, so wird sich der Novize mit erbitterter Enttäuschung von der Partei und dem Sozialismus abwenden. Dafür bedanken wir uns; den Fehler werden wir nicht machen. Dem Sozialisten steht nicht das mindeste Recht zu, sich in Glaubensangelegenheiten anderer einzumischen. Wir verlangen aber auch von unseren Parteigegnern die Anerkennung, daß wir in religiösen Dingen völlige Toleranz für den Glauben wie für den Nichtglauben kirchlicher Prägung walten lassen. Es muß ein für allemal aufhören, daß man mit der Behauptung, die Sozialdemokratie sei eine religionsfeindliche Partei, Wahlmanöver zu unseren Ungunsten treibt.

Wenn die Sozialdemokratie in früheren Jahrzehnten tatsächlich freckenweise eine antikirchliche Politik getrieben hat, so lag das milde gesprochen an einem Zustand historischer Zufälligkeit, gerade herausgejagt an einer recht erheblichen Schuld der kirchlichen Mächte. Sie hatten mit dem Staat gemeinsame Sache gemacht und gingen mit ihm, wo es sich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelte, durch die und hindurch. Da mußte diese selbstverständlich auch gegen die Kirche frontieren und sie tat es nun in der Weise, daß sie im Anschluß an atheistische Schriftsteller und Gelehrte die kirchlichen Glaubensdogmen bekämpfte. Also: die Sozialdemokratie als die Vertreterin der von ihr proklamirten Wirtschaftsordnung war auch damals an sich nicht religionsfeindlich, weil sie es, wie wir oben erwähnt haben, gar nicht sein konnte, sie war nur die Bundesgenossin jener kirchenfeindlichen Bewegung von Schriftstellern und Gelehrten wie Büchner, David Strauß und Gödel, die überhiesig den Sozialismus erbittert bekämpft haben. Dieses Verhältnis der Zusammenarbeit besteht längst nicht mehr in alter Kraft und mehr es an Energie verlor, desto richtiger keimten sich die Sozialdemokratie, daß sie gar keinen Grund habe, eine religions- und kirchenfeindliche Politik zu treiben. Heute, wo Staat und Sozialismus überhaupt nicht mehr wie unter der wilhelminischen Epoche ungeliebten Angehörigen ausschließende Genossen sind, kann selbstverständlich niemand daran denken, im Namen der Sozialdemokratie eine antikirchliche Haltung zu vertreten. Diese laune Erklärung zum Vorwurf. Sie ist in keinem Punkte mit dem geringsten Grad ironischen Nebenfinnes durchsetzt. Aber nun räume man uns auch die Kompetenz ein, über die Frage der Trennung von Kirche und Staat ein unparteiisch nichternes Urteil abgeben zu können.

Das verlorene Elsaß-Lothringen

In Metz sind die Franzosen eingezogen — Straßburg werden sie noch in dieser Woche besetzen. Die Aussicht für Deutschland, Elsaß-Lothringen noch ganz oder teilweise für die deutsche Volkrepublik retten zu können, ist sehr gering. Von den beiden sozialdemokratischen Blättern im Reichsland hat die „Mitteldeutsche Volkszeitung“, die unter Einem deutschorientiert war und bis in die letzten Tage hinein stürmischen Leierwortschwaus hatte, ihr Erscheinen vorläufig eingestellt. Die „Straßburger Freie Presse“ kennt unter der Leitung von Heintze auch in der gegenwärtigen Zeit keine andere Aufgabe als unausgesetzt leidenschaftliche Propaganda für den Anschluss an Frankreich. Sie erklärt, daß das Elsaß-lothringische Volk in seiner ungeheuren Mehrheit auf dem Standpunkte stehe, daß

Elsaß-Lothringen wiederum dem alten Mutterlande angegliedert werden müsse. Die Bewohner Elsaß-Lothringens seien Nationalfranzosen durch und durch, ihr Herz gehöre restlos der französischen Nation. Unter Wiedergutmachung des Unrechts von 1871 verständigen sie die glatte Rückkehr zu Frankreich. Alles weitere überlassen sie der Friedenskommission, dem demokratisch-republikanischen Frankreich, der Demokratie der ganzen Welt. So gut wie bei Preußen-Deutschland seien die Interessen der Elsaß-Lothringar bei diesen Mächten zweifellos aufgehoben.

Ein anderer Beiratsartikel der „Freien Presse“ erklärt, daß die Franzosen den Sieg errungen hätten und deshalb ein Verbleiben beim Reiche gar nicht in Frage käme. Deutschland werde nach dem Kräfteverhältnis ein schlechter Käufer sein. Die Lage der Arbeiterklasse sei im siegreichen Frankreich sicherer als im besiegten Deutschland. Im siegreichen Land sei der soziale Aufstieg der Arbeiterklasse leichter, im besiegten unmöglich. Die Elsaß-lothringischen Arbeiter seien geschlossen für den Anschluss an Frankreich.

Auch die deutsche Revolution hat in der Haltung der „Freien Presse“ keinerlei Veränderung herbeigeführt. Daß jetzt vom alten Dome Erwin's, vom Straßburger Minister, die rote Fahne weht, dafür entschuldigt sich das sozialdemokratische Blatt Straßburgs beim Bürgerturn. Die große Mehrheit der Straßburger Bevölkerung sehe diesem „Schauspiel“ gleichgültig zu, ja, ein Teil fühle sich dadurch bedrückt. Aber diese Leute hätten ja 47 Jahre lang die schwarz-weiß-rote Tricolore, das Symbol der brutalen Gewalt, der Knechtung und Unterdrückung ertragen müssen und so würden sie wohl auch noch die wenigen Tage Duldung über können, bis wieder die Tricolore auf dem Minsterzettel weht.

Die Interessen der Arbeiterklasse treten hier vollständig hinter die national-französischen zurück. Wir wissen recht gut, daß ein sehr großer Teil der eifrigen Arbeiter ganz anders empfindet, aber wir haben wenig Hoffnung, daß er sich unter den jetzigen Umständen zur Geltung zu bringen vermöchte.

Die Befehle Elsaß-Lothringens.

Metz, 17. Nov. Laut Bekanntmachung ist ab heute der Eisenbahnverkehr für Zivilpersonen nach dem Elsaß eingestellt. Die Sammelzüge verkehren für Militärpersonen. Für den Personenverkehr sah man nur zwei Personenzüge nach Freiburg i. Br.

Metz, 18. Nov. Im Laufe des gestrigen Nachmittages sind die ersten Bortruppen der alliierten Franzosen, Engländer und Amerikaner in Automobilen und in kleineren Abteilungen hier eingetroffen.

Das neue Reich.

Die stürzende Gesellschaft.

Im Böher „Lokalanzeiger“ zeigt ein Komitee für Volksbildung eine Vorlesung im Schauspielhaus für die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften an. Es gelangt zur Ausführung Niemand's „Stürzende Gesellschaft“. In diesen revolutionären Wochen sind tatsächlich soviel Stützen der Gesellschaft gebrochen, daß hier der Druckfehler wieder einmal klüger war als der Schreiber.

Abkündigung des Reichskanzlertitels.

Der Titel „Reichskanzler“ ist abgekürzt. Dieser Titel war am 9. November ein einziger Minister des Reiches vorhanden. Jetzt sind an seine Stelle 6 Volksbeauftragte des Reiches getreten mit zwei Vorsitzenden, die gleiche Rechte haben, Ebert und Haase.

Feige bis in den Tod.

Herr v. Tirpitz ist nach der „Frankfurter Zeitung“ in die Schweiz geflüchtet. Ein anderer Vorläufer und Mitbegründer der Vaterlandspartei, Professor Dr. Gothe, Freiburg i. Br. veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt:

„Die Vaterlandspartei löst sich jagungsgemäß mit Friedenswunsch auf. Die Tage ihres Bestehens sind somit gezählt. Schon vor drei Wochen hat der Reichsausschuss in Berlin beschlossen, die neue Regierung zu unterliegen.“

Es ist nicht zu befürchten, daß die Vaterlandspartei durch Kundgebungen irgendwelcher Art die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung fördern wird.“

Auch die Vaterlandspartei hat nicht verstanden, rechtzeitig einen ehrlichen Tod zu suchen. Sie hat schamlos gelebt und ist feige gestorben.

Geschichtliche Daten.

SP. Die alldeutsche Presse verbreitet noch immer die Darstellung, daß die Härte der Waffenstillstandsbedingungen sich daraus erkläre, daß das deutsche Volk sich gerade im kritischen Augenblick der Verhandlungen durch die Revolution vollständig waffenlos gemacht hätte. Demgegenüber empfiehlt es sich, die Daten festzuhalten, die Professor Höpff in der Weltpolitischen Uebersicht der „Kreuzzeitung“ zusammengestellt. Am 7. November hat danach die deutsche Heeresleitung Hoch um die Bestimmung des Ortes der Waffenstillstandsverhandlungen ersucht. Die Zusammenkunft hat am 8. November vormittags in Koks Hauptquartier stattgefunden. Die „Kreuzzeitung“ fährt wörtlich fort: „Schwierigkeiten der Uebermittlung bewirkten, daß die Bedingungen erst am 10. November in Berlin bekannt wurden, wo inzwischen durch die Umwälzung des 9. November eine völlig neue Lage geschaffen war. Die neue Regierung Deutschlands konnte nichts anderes tun, als die Bedingungen anzunehmen.“

Wie es möglich sein sollte, daß am 8. November vereinbarte Bedingungen durch den Umsturz vom 9. November ungültig beeinflusst wurden, wird wohl das Geheimnis der Alldeutschen bleiben.

Die Frage der Steuern.

Berlin, 18. Nov. Bekanntmachung. Es wird hiermit darauf hingewiesen, daß die bisherigen Gesetze und Bestimmungen, soweit sie nicht ausdrücklich durch die Regierung aufgehoben sind, in Kraft bleiben und von jedermann zu beachten sind, wie auch jedermann im unangefassten Genuß der ihm durch gewährten Rechte verbleibt. Daran besteht für alle Staatsangehörigen die Verpflichtung zur Entziehung der bisherigen Steuern und Abgaben unverändert fort.

Berlin, 18. November 1918.
Ratens der provisorischen Regierung:
Dr. Br. Eißfeldt, Dr. Südekum.

Die Nationalversammlung.

Ueber die verfassunggebende Nationalversammlung ist zu sagen: daß kein einziger Volksbeauftragter in der Regierung ist, der die Wahlen zu dieser Versammlung auch nur um einen Augenblick länger hinausschieben möchte, als es nötig ist. Aber es ist zu berücksichtigen, daß umfangreiche Vorbereitungen notwendig sind. Nach dem Reichstagsbeschluss: konnten diese Wahlen unmöglich vorgenommen werden. Es muß eine neue Wahlordnung geschaffen werden, was sich in der Praxis nur langsam geschehen kann, wenn Tag und Nacht gearbeitet wird. Auch die Soldaten müssen wählen können. Das ist natürlich nur möglich, wenn sie entweder an der Front oder zu Hause sind. Alle diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden, aber sobald sie überwunden sind, kann es zur Wahl. Die Wahlordnung wird vom Reichsrat des Reiches geschaffen.

Ueber das haarschneidende Verhältnis, das aus unbillig Licht ist, ist zu sagen: Die großen Umwälzungen, die am 9. November ihren Anfang nahmen, sind von den Soldaten herbeigeführt. Der Begriff der öffentlichen Ordnung und die Notwendigkeit, die Wohlfahrt aller zu sichern, hat aber zur Voraussetzung, daß die vollzogene Gewalt nur von einer Stelle ausgeht. Hätten die Arbeiter- und Soldatenräte sich auf den Standpunkt gestellt, daß sie die vollziehende Gewalt ausüben wollen, so hätte das keine tolle Verwirrung gehabt. Diese Räte haben aber ihre Macht auf andere Personen übertragen. Von dem Augenblicke dieser Uebertragung an ist die vollziehende Gewalt auf andere Personen übergegangen. Das sind die Volksbeauftragten. Gewisse Schwierigkeiten liegen augenblicklich noch darin, daß die Arbeiter- und Soldatenräte noch keine dirigierende Spitze haben. Diese muß geschaffen werden. Ist sie da, dann werden auch in dem Zusammenarbeiten der Instanzen alle Schwierigkeiten ausgeräumt sein.

Mein Onkel Benjamin.

Roman von Claude Tillier.

(Fortsetzung.)

„Aber“, wandte mein Onkel ein, ich kann dann nur diesen Stoch anwenden, und was werde ich wohl, wenn er noch dazu unparierbar ist, für einen Ruhm davon haben, durch dieses Mittel über unsern Dicoonte zu triumphieren? Als Homer den Achill ununterschiedbar machte, hat er ihm das ganze Verdienst seiner Tapferkeit genommen. Ich habe nachgedacht: meine Absicht ist gar nicht mehr, mich auf Degen zu schlagen.“

„We, du Tor, du solltest dich für die Pistole entscheiden! Ja, wenn du es mit Arthur zu tun hättest, der so breit wie ein Scheitel ist, dann hebe ich es mir gefallen.“

„Ich schlage mich weder auf Pistole noch auf Degen; ich will diesen Raufbolden mit einem Duelle meines Standes aufwarten. Ich spare Ihnen das Beten der Ueberreichung auf, Herr Witzig; Sie werden ja selber sehen.“

„Ich bin es zufrieden“, erwiderte dieser; „aber lerne immerhin meinen Stoch; es ist eine Waffe, die dir nicht beschwerlich fallen wird und man weiß nicht, wozu man sie gebrauchen kann.“

Das Zimmer meines Onkels befand sich in der ersten Etage, über dem von Madecourt bewohnten. Nach dem Frühstück schloß er sich also mit dem Sergeant und Herrn Witzig in seinem Zimmer ein, um seinen Kursus in der Fechtkunst zu beginnen; aber der Unterricht war nicht von langer Dauer. Beim ersten Ausfalle, den Benjamin machte, brach unter seinen Füßen Madecourts wurmtüchtiger Fußboden und er fiel bis zu den Achseln hindurch. Erkannt über das plötzliche Verschwinden seines Schülers blieb der Sergeant, den linken Arm in gerader Richtung bis zur Höhe des Ohres erhoben und den rechten Arm in der Stellung eines Mannes, der einen Ausfall machen will, starr und stumm stehen. Das Gesicht Witzigs anlautet, so war er von einer solchen Hochlust befallen, daß er fast ersticht wäre.

„Wo ist Rathert?“ rief er: „was ist aus Rathert geworden? Sergeant, was haben Sie mit Rathert angefangen?“

„Ich habe wohl Herrn Rathert's Kopf“, verriete der Sergeant, „aber der Teufel mag wissen, wo seine Beine sind.“

Gaspard war in diesem Augenblicke in dem Zimmer seines Vaters allein. Zuerst war er über die ungestüme Ankunft der Beine seines Onkels, die er wahrlich nicht erwartete, ein wenig erschauert; aber bald verminderte sich seine Verwunderung in tolles Gelächter, das in das des Herrn Witzig einflimmte.

„Geda, Gaspard“, rief Benjamin, der ihn hörte.

„Geda, mein lieber Onkel“, entgegnete Gaspard.

„Rück den lebernen Rehnfuß deines Vaters bis hierher und lege ihn, ich bitte dich, Gaspard, unter meine Füße.“

„Ich darf es nicht“, wandte der Schalk ein, „meine Mutter hat es verboten, darauf zu steigen.“

„Wilst du mir wohl gleich den Stuhl bringen, verdamntes Gewürm!“

„Brich dir erst die Schube aus, dann will ich ihn dir bringen.“

„Wengel, wo soll ich mir denn die Schube ausziehen? Meine Füße sind im Erdgeschosse und meine Hände im ersten Stockwerke.“

„Dann gib mir ein Bierundzwanzigglöckchen für meine Milche.“

„Ich will dir sogar eins von dreißig geben, mein guter Gaspard, aber schließ den Stuhl, ich bitte dich, meine Arme können meine Schultern nicht mehr tragen.“

„Streckt ist Tod“, erklärte Gaspard; „gib mir sogleich die dreißig Sous, sonst gibt es keinen Stuhl!“

Glücklicherweise langte Madecourt in diesem Augenblicke an; er verriete Gaspard einen Fußtritt und machte der schwebenden Stellung seines Schwagers ein Ende. Benjamin setzte seinen Fechtunterricht bei. Lage fort und er schlug sich so vorzüglich, daß er nach zwei Stunden eben so geschickt war, wie sein Lehrer.

19. Die mein Onkel Herrn von Post-Casse dreimal entsoffnete, kaum war die Marconista, eine trübe und düßere

Februar-Morgenröte, ihren saßlen Schimmer in sein Zimmer, als mein Onkel schon auf war. Er kleidete sich im Hastern an und ließ seinen Schrittes die Treppe hinauf, denn er hatte noch menslich, frucht, keine Schwester aufzuwachen; aber als er den Flur entlang schreiten wollte, fühlte er, wie eine Frauenhand sich auf seine Schulter legte.

„Wie, liebe Schwester“, rief er mit einer Art Schreden, „du bist schon aufgewacht?“

„Sage vielmehr, daß ich noch gar nicht geschlafen habe Benjamin. Ehe du gehst, wollte ich dir Lebenswohl, vielleicht ein letztes Lebenswohl, sagen, Benjamin. Kamst du wohl begreifen, was ich leide, wenn ich daran denke, daß du voller Leben, voller Jugend und Hoffnung sorglos und vielleicht auf den Armen deiner Freunde, den Körper von einem Degenstiche durchbohrt, zurückbleibst? Steht deine Absicht also immer noch fest? Hast du, ehe du sie sagtest, an die Tauer gedacht die dein Tod in dieses traurige Haus werfen müßte? Mit dir ist ja alles zu Ende, wenn dein letzter Blutstropfen aus den Adern geflossen ist, aber für uns werden viele Monate, viele Jahre verstreichen, ehe unser Schmerz sich gelegt hat und das Tränenmaß auf deinem Grabe wird längst verweilt sein, während unsere Tränen noch immer rinnen.“

Mein Onkel schritt weiter ohne zu antworten und viel leicht weinte er; aber meine Großmutter hielt ihn an dem Bispel seines Rockes fest.

„So laß denn zu deinem Todestellbähen, wildes Tier!“ rief sie; „laß Herrn von Post-Casse nicht warten; vielleicht verlangt es auch deine Ehre, daß du fortgehst, ohne deine Schwester zu umarmen; aber nimm wenigstens diese Reliquie, welche mir der Better Quilkaumot gegeben hat; vielleicht braucht sie dich vor den Gefahren, denen du leichtsinnig entgegengehst!“

Mein Onkel steckte die Reliquie in seine Tasche und schied sich leise fort.

(Fortsetzung folgt.)

18. Nov. Alle Kräfte der Regierung sind, wie die „Allg. Ztg.“ schreibt, einzig in dem Bestreben, die Parteien zur Wahl der Nationalversammlung zu fördern. Die Wahl der Wähler in Deutschland wird sich auf die große Zahl von 40 Millionen belaufen.

Die „Berliner Volkszeitung“ sagt: Bei gutem Willen läßt sich alles machen. Die Sinauschiebung der Wahlen nach russischem Vorbilde muß das Vertrauen in höchsten Maße wecken. Vor allem liegt darin auch eine unzweifelhaftige Gewähr für den Frieden, denn der Präsident Wilson und die Entente haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nur mit einer Regierung, die sich auf den Mehrheitswillen des Volkes stützt, Frieden schließen werden und nicht auf einer autoritären Diktatur. Wenn die Mitglieder der Konvention und der Regierung sich von den Gegnern zu Konzessionen und Verzichtleistungen drängen lassen, so übernehmen sie eine politische Verantwortung.

Im „Berliner Lokalanzeiger“ erklärt ein der Unabhängigen Sozialdemokratie angehörendes Rekrutierungskomitee nach seiner Meinung sei es ausgeschlossen, daß die Wahlen bereits am 2. Februar stattfinden könnten. Die Entscheidung der Wählerlisten sei nicht möglich, weil nicht ein größerer Teil des Volkes einen festen Wohnsitz habe.

Verhandlungen zwischen Mitgliedern der Regierung und der „Allg. Ztg.“ rat des Arbeiter- und Soldatenrates, die sich am 18. November abspielten, beschäftigten sich auch mit der Einberufung der Nationalversammlung. Den Beratungen folgte eine gemeinsame Erklärung.

Der „Vorwärts“ warnt die bürgerlichen Demokraten vor den Gefahren von seiten der monarchischen Reaktion und sagt: Wir wollen keine monarchische Reaktion und wollen auch keine Gefolgsrepublik, sondern eine demokratische Arbeiterrepublik. Sie kann aber nicht durch provisorische Hilfe von Organisationen geschaffen werden, sondern nur durch die Nationalversammlung, die der Ausdruck des Volkswillens ist. Wir haben die Nationalversammlung auf die Tagesordnung gesetzt und haben die Initiative in Händen und dürfen sie uns nicht entwinden lassen.

In der „Täglichen Rundschau“ heißt es unter „Bürgerrecht und soziale Republik“: Für die kommenden Wahlen wird die neue Deutschland darf es nur eine bürgerliche Partei geben, die Nationalpartei des deutschen Bürgertums.

Die „Germania“ erwartet von der deutschen Presse mit Rücksicht auf die sozialdemokratischen, daß sie gegen die Forderungen der Nationalpartei einmütig protestieren werde.

Das Finanzprogramm der neuen Regierung.

18. Nov. Der neue Staatssekretär des Reichsfinanzamtes, Schiffer, empfing gestern das Mitglied der volkswirtschaftlichen Redaktion der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Goslar, zu einer Unterredung über das Finanzprogramm der neuen Regierung. Der Staatssekretär erklärte im wesentlichen: Die neue Regierung denkt nicht daran, irgend etwas von den Bedingungen der Kriegsanleihe, jedoch was die Schuldverschreibungen wie auch was die Sanktionsverfügungen betrifft, zu Ungunsten der Anleihebesitzer zu ändern. Was den Besitzern der Kriegsanleihen verprochen ist, werden wir unbedingt halten. Soweit es sich darum handeln kann, einem Druck auf den Kurs der Kriegsanleihen entgegenzuwirken, erwarte ich einen guten Erfolg von der Aufnahmeaktion eines Amortisationsfonds, das sich aus der Reichsbank und den Privatbanken bilden wird. Die Kriegsanleihebesitzer werden auch bei einer Anzahl dafür geeigneter Steuern in Zahlung gegeben werden können. Das gleiche gilt ferner für die Bezahlung der aus dem Meeresbesitz der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellenden Rohstoffe und Materialien, bei denen es sich um Wertgegenstände handelt. Hier werden die Besitzer von Anleihen sogar direkt bevorzugt. Die Noten- und Geldmengenfrage hat sich zu einem Unruhe auszuwickeln. Stöden die Zahlungen, so können heute mit Leichtigkeit Unruhen entstehen. Darüber hinaus schließt dieser auf der Zahlungsnot sich ergebende Zustand unser Wirtschaftsleben, unseren Kredit im Ausland und wirkt auf die Gestaltung unserer Zukunft an den neuentworfenen Werten ungünstig ein. Außerdem sollte man bedenken, daß in den Randgebieten Deutschlands die Neigung, beim Deutschen

Reich zu bleiben, durch kaum etwas anderes so stark gefördert werden kann als durch die Unsicherheit und den Wirrwarr in unserem Geldverkehr und darüber hinaus in unserem Wirtschaftsleben.

Aus der Republik Württemberg.

Stuttgart, 18. Nov. Am Sonntag waren hier zwei politische Tagungen, die der Soldatenräte des ganzen Landes Württemberg und die der unabhängigen Sozialdemokraten. Die erste sollte Klarheit schaffen über die Stellung der Soldaten zur Spartakusgruppe, und die Lösung ist für die weitere Entwicklung in erfreulichem Sinne ausgefallen. Nachdem am Tag vorher schon der Stuttgarter Soldatenrat mit 126 von 128 Stimmen sich auf den Boden der vorläufigen Regierung gestellt und jede Diktatur verworfen hatte, nachdem daraufhin der der Spartakusgruppe angehörende Kriegsminister Schreiner durch Vizefeldwebel Fischer erjagt worden war, stellte sich die Tagung der gesamten württembergischen Soldatenräte einmütig auf denselben Boden und lehnte die Rolle ab, die sich als „Organ der Arbeiter- und Soldatenräte“ bezeichnete, aber ganz offensichtlich das Gepräge der Spartakuspolitik trug, als ihr Organ ab. Die Soldatenräte bekamen sich gegen jeden Partikularismus zum Reichsgeheimen und zur verfassunggebenden Nationalversammlung.

Leider haben die unabhängigen Sozialdemokraten in ihrer Tagung nicht ebenso eindeutig gelassen. Sie sind immer noch stark unter dem Druck der ganz radikalen. So wurde ein Antrag angenommen, der die Partei grundsätzlich an die praktischen Richtlinien und das Aktionsprogramm des Spartakusbundes bindet, andererseits aber die Forderung, der Austritt aus der prosozialistischen Regierung und die Verschmelzung mit dem Spartakusbund, abgelehnt. Ein deutscher Parteitag soll die allgemeinen Richtlinien der Partei weiter beraten.

Was eine Thronfolge-Anwartschaft wert ist.

Nach langem Sträuben haben am Dienstagabend endlich auch Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen und Thronfolger Prinz Ernst endgültig abgedankt. Für die Anwartschaft auf die Thronfolge erhielt Prinz Ernst eine Abfindung von 5 Millionen Mark. Das Herzogtum wurde zur Volksrepublik ausgerufen und die gesamten Domänen zum Staatseigentum erklärt.

Die Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden.

Die großen Arbeitgeberverbände haben heute mit den Gewerkschaften folgende Vereinbarung für die Übergangswirtschaft getroffen:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber- und Arbeitgeberverbände werden die Vereine (die sogenannten wirtschaftlichen Vereine) fortan unterstützen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.
4. Sämtliche aus dem Weeresdienst zurückkehrenden Arbeitnehmer haben Anspruch darauf, sofort nach Meldung in die Arbeitstelle wieder einzutreten, die sie vor dem Kriege inne hatten. Die Beteiligten der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände werden, damit wirken, daß durch Beschaffung von Rohstoffen und Arbeitsaufträgen diese Verpflichtung in vollem Umfang durchgeführt werden kann.
5. Gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises.
6. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen sind entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerkschafts-Kollektivvereinbarungen mit den Besondereinrichtungen der Arbeitnehmer festzusetzen. Die Verhandlungen hierüber sind ohne Verzug aufzunehmen und schleunigt zum Abschluß zu bringen.
7. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterzahl von mindestens 50 Beschäftigten, ist ein Arbeiterausschuß einzurichten, der, wie zu betonen ist, in Gemeinschaft mit dem Betriebsunternehmer darüber zu machen hat, daß die Verhältnisse des Betriebes nach Maßgabe der Kollektivvereinbarung geregelt werden.
8. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse, bezw. Einigungsämter vorzusehen, bestehend aus der gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.
9. Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit wird für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Nebenbeschäftigungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.

10. Zur Durchführung dieser Vereinbarung sowie zur Regelung der zur Demobilisierung zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und zur Sicherung der Existenzmöglichkeit der Arbeiterschaft, insbesondere der schwerverletzten, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen ein Zentralausschuß auf paritätischer Grundlage mit beruflich gegliedertem Unterbau errichtet.

11. Dem Zentralausschuß obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, so weit sich solche namentlich bei der sonstigen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Sanktion von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden bediensteten Berufsverbände angefochten werden.

12. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und gelten, vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, bis auf weiteres mit einer gegenseitigen dreimonatlichen Kündigung.

Diese Vereinbarung soll sinngemäß auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeber-Verbänden und den Angestelltenverbänden gelten.

Die Übergangswirtschaft in der Metallindustrie. Zwischen der Süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller (Metallindustrieller-Verband Baden und der Pfalz, Metallindustrieller Württemberg, Verband Bayerischer Metallindustrieller, Metallindustrielle Frankfurt, Verband der Metallindustriellen Mittelbadens, Verband der Metallindustriellen und verwandten Berufe des Schwarzwaldes, Arbeitgeberverband für Pforzheim und Schwarzwald, Verband der Metallindustriellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des Christlichen Metallarbeiterverbandes und des Bezirksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter (Städt. Dunder) andererseits wurden folgende Richtlinien für die Übergangswirtschaft mit Wirkung vom 18. November 1918 in Kraft treten, vereinbart:

1. Während der Übergangszeit wird die Arbeitszeit entsprechend den Verhältnissen in den einzelnen Industriezweigen schrittweise beziehungsweise reduziert. Die wöchentliche Arbeitszeit soll bis auf weiteres höchstens 48 Stunden in der Woche betragen.
2. Die derzeitigen Lohn- und Abschläge bleiben bei Kürzung der selbständigen Arbeitszeit bestehen. Der dadurch eintretende Verdienstausschlag bei Lohn- oder Abschlagarbeit wird durch einen entsprechenden Zuschlag der normalen Arbeitszeit entsprechenden prozentualen Verdienstausschlag geregelt, so daß Mindereinkünfte nicht eintreten. Neueintretende Arbeitkräfte erhalten die Verdienste gleichwertiger Arbeiter des Betriebs. Den Ausschuß stellen die Arbeitgeber fest, jedoch werden gemeinsame Schritte und Maßnahmen, daß vom Reich wenigstens zwei Drittel des veranschlagten Betrages zurückerstattet werden.
3. Entlassungen werden so lange wie nur irgend möglich vermieden, sind sie nicht mehr zu vermeiden, so sollen unter möglichst frühzeitiger Penabschüttung mindestens eine Woche vorher, von der Entlassung in erster Linie betroffen werden: Auszubildende, ledige Arbeiter, ohne Urteilsnachteil des Beschäftigten, soweit sie nicht unbedingt einem Erwerb nachzugehen gezwungen sind.
4. Im nötigen Fall grundsätzlich gelten: daß für nicht zu vermeidende Entlassungen zuerst weitere in Frage kommende Militärdienstpflichtige — denen auf ihre Verlangen auf sich ohne weiteres die Entlassung zu geben ist — die vor der Entlassung in den Betrieb ein selbständiges Gewerbe ausgeübt hat, Arbeiter und Arbeiterinnen, die vorher ausschließlich in der Land- und Hauswirtschaft tätig waren, Metallarbeiter, insbesondere in ihrem früheren Berufe, wieder Beschäftigung zu finden, weibliche Arbeitskräfte, die sich während des Krieges in die Metallindustrie ausgenommen wurden. Weiterentlassungen sollen nötigen Falles nach Berücksichtigung mit dem Arbeitsnachweis vorgenommen werden. Die Arbeitgeber haben an den zuständigen Arbeitsnachweis sofort Meldung über die zu erfolgenden und in Aussicht genommenen Entlassungen zu machen.
5. Einstellung aller vom Weeresdienst Entlassenen, Rekrutierten und Kriegsverletzten, soweit sie bei Kriegsausbruch bei der Firma beschäftigt waren (hierauf gehören auch diejenigen Leute, die früher bei der Firma beschäftigt waren und bei Kriegsausbruch aktiv dienen) und auf ihre Wiedereinstellung in gleicher, möglichermaßen auf ihren früheren Platz zu den derzeitigen Lohn- und Arbeitsbedingungen gleichwertiger Arbeiter. Bei Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüber gleichwertigen Kriegsverletzten darf eine von diesen bezogene Mente in keiner Weise in Anrechnung kommen. In Streitfällen ist der Arbeiterausschuß (Kommission) mit hinzuzuziehen.

Mehr Dankbarkeit!

Was hat des Spielers Schlotterbein geillert, Als prächtigen Schwungs in leicht bewaffneter Nacht Der Krieger Stolz unerschrocken losgewittert, Daß Deutschlands Bau im tiefsten Grund ertrage, So mancher Stammesgenosse war da verblüht, Weil dieses Werk so spielend ward vollbracht, Doch sich, schon heu erfüllt im neuen Morgen, Ob des Gewinns von diesen lauten Taten.

Warum auch nicht? Er pflegte doch zu schimpfen Auf das System, das jetzt zum Einsturz schwand, Er sprach empört von faulen Kaiserkränzen Und malte stets den Umsturz an die Wand, Warum nunmehr mißfällig's Kaiserimpfen Und Zweifel an des neuen Geistes Pein? Gestützt ist, was er insgeheim betrug, Der Schimpfgeist Spindel ist zumal verriegelt.

Doch ja, der wahre Spieler kann nicht leben, Wenn seine Nargelstich des Stoffes nicht beher, Er würde lieber sich des Biers ledigen, Als daß er nicht des Reich-Nutts Spielball entleert, Erhöht sich doch sein Lager im Leberden, Daß er etwas, das ihn erbeut, erzieht, Damit verzieht er dann der Freunde Kunde Beim Dünndierjoch in der Armerstunde.

So hat er jetzt — gestolzt — etwas erforscht, Was seinem fadengraden Sinn nicht recht, Er sagt, daß Würden etwas jung an Jahren, Beim Umsturz sich manch' leiter Lat erschreckt — — Ich meine, laßt die Jungen! Wie sie waren, So waren sie wohl für mich, dich nicht schreckt; Es kommt auch jenseit vor, daß solche Jugend Sich schwer vereinbart mit gekletter Jugend.

Derrgott, ihr Männer, seid nicht so verlogen, Berechtigt ihr schon, was sie für euch geschafft.

Indem von Latendrang sie überflossen, Dieneil der Bürger Mut vor Angst erschläßt? Sie haben auch der Freiheit Reich erschlossen Dank ihrer jungen, ungestümen Kraft; Ihr sollt dereinst noch eure Enkel loben, Die braven Herd in grauen Rod zu ehren.

Ferdinand Madlinger, Gefreiter und Soldatenrat.

Aus der Geschichte der Arbeiter- und Soldatenräte.

Außerordentlich zeitgemäße und interessante Mitteilungen über die Geschichte der Arbeiter- und Soldatenräte werden in der Münchener „Post“ vom Genossen Barbus gerührt. Barbus hat die Idee dieser Organisationsform zuerst in den russischen Parteifreien Anfang des Jahrhunderts vertreten. Sein schärfster Gegner war damals — Lenin, der die Neutralität der Gewerkschaften verteidigte, weil dadurch der revolutionäre und sozialistische Geist der Arbeiter gefährdet würde und ebenso von seinen Massenorganisations nichts wissen wollte, wie es nach dem damaligen Auffassung die Arbeiter- und Soldatenräte waren. Lenin wollte die revolutionäre Bewegung damals streng sozialistisch und marxistisch fundamentiert wissen. Demgegenüber verteilte Barbus die Idee der Arbeiter- und Soldatenräte, weil die Arbeiter und Soldaten nur dann völlig der Revolution ergeben sein würden, wenn sie selbst die Sache in die Hand nahmen, weil nur dadurch Gewißheit geschaffen werden konnte, daß wirklich das proletarische Interesse in der Revolution dadurch über den Parteifreier der einzelnen Klassen hinweggehoben und der Selbstereifer fanatisierter Geister ein Ende gemacht würde.

Die erste russische Revolution von 1905 führte den Gedanken zum Siege, die provisorische Revolutionsregierung in Betriebesorganisationen wählten zu lassen. Der erste Arbeiterrat wurde in der Oktoberrevolution 1905 in Petersburg gewählt. Er wählte für den Vorbehalt in der konstituierenden Versammlung. Der erste eigentliche Präsident des Arbeiter- und Soldatenrates war Christoff; ihm folgte nach seiner Verhaftung Trotski und nach dessen Verhaftung wiederum Barbus. Im Januar 1906 löste sich der Arbeiterrat nach dem Siege der Revolutionsregierung auf und sein letzter Vorsitzender, Barbus, wurde in die Peter-Bauls-Gezangung geschickt.

In der Zeit seiner Wirksamkeit hatte sich der Arbeiterrat ausgezeichnet bewährt. Er gewann das Vertrauen der weitesten Arbeiterkreise, hielt den Fraktionsgeist in Schranken und stellte eine einheitliche proletarische Front dar; die geistige Leitung hatte von vornherein die Sozialdemokratie.

„Wir waren aber weit davon entfernt“, stellt Barbus ausdrücklich fest, den Arbeiterrat als ständige Einrichtung behalten zu wollen. Wir arbeiteten vielmehr mit der größten Energie daran, die Arbeitermassen in sozialdemokratische Organisationen und Gewerkschaften zusammenzufassen. Zu gleicher Zeit generalisierten sich die Bauern-Organisationen zu einem Bauernbund und traten in enge Beziehungen zum Arbeiterrat. Wir waren uns klar darüber, daß in dem Moment, wo diese wirklich Vertretungen der verschiedenen Schichten des arbeitenden Volkes in den Massen fest begründet sein würden, wodurch die Einberufung der Nationalversammlung und den Übergang der Armee zum Volke, die Demokratie gesichert sein würde, die Rolle der Arbeiterräte ausgepielt haben würde. Es lag uns nichts ferner, als die durch ein Jahrhundert sozialer Kämpfe in Europa festgelegten sozialen Organisationen und den Parlamentarismus durch die improvisierte Bildung der Arbeiterräte ersetzen zu wollen. Die letzteren sollten vielmehr nur den Übergang zu diesen europäischen Formen vermitteln.“

Barbus ist daher auch fest überzeugt, daß das, was Deutschland gegenwärtig braucht, nicht eine Mätere Republik, sondern die soziale Republik ist. Wenn gleichwohl jetzt in Deutschland der Rückgedanke wieder aufgelebt ist, so führt er dies auf den großen Anteil der Armee am Siege der Revolution zurück. Die Mannschaften, welche zuerst die alten Herrschaftsformen zerstört haben, fanden die für sie geeignete Organisationsform in den Soldatenräten. Ueber Arbeiterräte und Soldatenräte wurde der innige Zusammenhang zwischen den Klassenorganisationen des Proletariats und der bewaffneten Macht hergestellt, der auch weiter mit allen Mitteln gepflegt werden muß. Denn darin liegt die Gewähr, sowohl für den Sieg des Sozialismus wie für die Aufrechterhaltung der Ordnung im neuen Volksstaat.

Auf der andern Seite dürfen aber die Arbeiter- und Soldatenräte nach Barbus unter keinen Umständen als Konkurrenzorganisationen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften auftreten. Die gegebene Macht kann nur in den Händen der Nationalversammlung liegen, die Regierung muß eine Vollregierung, und sie muß einheitlich sein. Nach diesen Grundrissen hat es das deutsche Volk in der Hand, eine neue soziale Zukunft aufzubauen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 18. November.

Der Durchmarsch der vom Felde zurückkehrenden Truppen gibt hier in mustergültiger Weise vor sich. Die Truppen und Ueberbringer gehen glatt von Katten und die Familienangehörigen leben ihrer Zufriedenheit darüber Ausdruck. Die ortsbekannt verbreiteten Gerüchte, von denen aus Karlsruhe geworden ist und die von Störungen sprachen, sind völlig unbegründet. Die Einwohnerhaft begrüßt die ankommenden Truppen in der herzlichsten Weise. In der Stadt der zahlreich aus dem Felde zurückkehrenden Truppen ist die Stadt mit festlichem Flaggenschmuck versehen. In den Abend wurden die Flaggenschmuck zu einer Via triumphalis zu beiden Seiten der Karlsruherstraße errichtet.

Festhall der fleischlosen Wochen. Für die am 18. November beginnende Woche kann die Aufbringung von Vieh und Fleisch aus technischen Gründen nicht mehr in die Wege geleitet werden. Es muß daher dabei verbleiben, daß die Woche vom 18. bis 24. November fleischlos ist. Es wird aber diese Woche die letzte fleischlose Woche sein. Die für Dezember 1918 und Januar 1919 in Aussicht genommenen fleischlosen Wochen werden in Wegfall kommen, da zu erwarten ist, daß durch die bevorstehende Demobilisierung die richtigen Fleischmengen für die Versorgung der wichtigsten Bevölkerungsfreie werden.

Müppere. Morgen Mittwoch Abend findet im „Ramm“-Saal eine öffentliche Volksversammlung statt. In derselben soll wie in anderen Orten ein Wohlfahrtsauschuß gewählt werden. Wir erlauben die Arbeiterkraft, zu dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen, um ihr Interesse an den politischen Vorgängen und an den Einrichtungen der neuen Zeit an den Tag zu legen.

Sammlung von Papierabfällen. Bei der Abgabe von Müll wurde die Abrechnung gemacht, daß immer noch viel Papier in die Mülleimer wandert. Auch wird auf dem Müllabladepark das Papier noch Müllschicht gesammelt und der Anfall anderweitiger Verwertung zugeführt, oder trotzdem geht noch ein großer Teil dieser weggeworfenen Papiermengen verloren. Im Interesse der Erfassung aller Abfallstoffe zum Zweck der Wiederverwertung sollte dies unbedingt vermeiden werden. Alle Abfallpapiere, Zeitungspapier, Zeitungsblätter, Bücher, Kopie und Abfälle oder Reste von Papier oder Pappe gehören nicht in den Hausmüll, sondern sollten sorgfältig gesammelt und durch Verkauf an die Müllabnehmer der Wiederverwertung zugeführt werden.

Sperre des Kohlenverkehrs mit der Rheinbahn. Man schreibt uns von zuständiger Stelle: In der nächsten Zeit sind die Eisenbahnen durch die Durchführung der Truppen und die Lebensmittelversorgung auf äußerste in Anspruch genommen. Auch die Beförderung von Kohlen - ausgenommen Hausbrand - muß im allgemeinen unterbleiben. Zunächst müssen vorhandene Vorräte aufgebraucht werden. Ausnahmen können nur zugelassen werden, um das Stilllegen von Betrieben zu verhindern. Anträge dieser Art sind an die Generaldirektion der Staatsbahnen zu richten. Sie müssen einer Bestätigung durch die zuständige Kohlenstelle, aus der auch der Kohlenvorrat des Betriebs und dessen Bedarf für 24 Stunden zu ersehen ist.

Aufhebung von Rentenzuschlägen. Mit der Abhebung der zum Kriegsdienst- oder Kriegsmajengeld der Hinterbliebenen von Militärpensionen der Unteroffiziere zahlbaren Zuschläge sind noch einige Empfängerberechtigten im Rückstand. Die Zuschläge können gegen Vorlegung der erforderlichen Bescheinigung des Gemeindeführers usw. über den Bezug von Familienunterstützung bei der zuständigen Postanstalt abgehoben werden.

Letzte Nachrichten.

340 Milliardenforderung Frankreichs.

21. Genf, 18. Nov. Wie der „Matin“ feststellt, werden die Ansprüche Frankreichs an Deutschland 340 Milliarden betragen. Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen: Rückzahlung der 5 Milliarden Kriegskosten von 1870 mit Zins und Zinseszins 140 Milliarden für Invalidenpensionen 50 Milliarden für Kriegskosten 50 Milliarden für Wiederaufbau und als Schadenersatz 100 Milliarden. Die vorherige Anerkennung dieser Gesamtsumme sei, wie das Blatt hervorhebt, die Vorbedingung der Friedensverhandlungen. Alle anderen Entschädigungen würden ähnliche Forderungen stellen, doch das deutsche Nationalvermögen zur Begleichung nicht ausreicht. Die Entente werde deshalb bestimmen, wie viel man den Deutschen jährlich zum Leben lassen müsse.

Die Herren vom „Matin“ sind immerhin schon bescheidener geworden. Im ersten Entwurf der Entschädigungsforderungen, die sich zwischen einer und zwei Billionen, also 1000 und 2000 Milliarden bewegten, hat 340 Milliarden befürchtete unter anderem Nationalvermögen. Etwas von uns und unseren Eigentum wird man uns ja doch wohl lassen müssen, ansonsten wir kaum eine Möglichkeit haben, auch noch die anderen Entschädigungsansprüche auf Kriegskostenbedeckung zu befriedigen. Im übrigen wird auf der Friedenskonferenz nicht so heiß geessen werden, wie es in den Redaktionen von „Matin“ usw. geschicht wurde.

Finanzprogramm der neuen Regierung.

Was werde gegen die Steuerunterstellungen in jeder Hinsicht der äußersten Schärfe vorgehen. Das Steuerprogramm ist nur ein Anfang, ihm werden entsprechende Maßnahmen folgen. Der Steuerhinterzieher ist nicht als Irrwahn in anderer Betrüger. Er untersteht sich dem als Verräter nicht sehr. Es wird ein sehr scharfes Bewußtsein sein, den Versuch der Notentwertung und der Steuerhinterziehung zu verhindern. Die Grundlagen für eine neue Steuererhebung werden sich dann ermitteln lassen. Wenn man sich geschäftlich über den endgültigen Umfang des Nationalvermögens hat es grundsätzlich für unmöglich, so wird man in der Nationalversammlung ein Programm aufstellen.

Verdammung.

21. Berlin, 18. Nov. 1. Mannschaften, die dauernd Wehrdienst leisten, sind zu entlassen, wenn sie weiter beschäftigt werden, sind sie freie Mitarbeiter und als solche zu behandeln. 2. Mannschaften, die vorübergehend zu Wehrdienstleistungen, die sonst nicht als Arbeiter verrichten, herangezogen werden, erhalten für jede Arbeitsstunde 80 Pf. Zulage.

Die Mannschaften, die sich freiwillig zu besonderen Sicherheitsdienst über ihren Entlassungstag hinaus mit zehnjähriger Pflichtenfrist verpflichten, können für diesen Dienst angenommen und kommandiert werden. Sie erhalten eine monatliche Wohnung von 30 M. und eine tägliche Zulage von 5 M. als Führer und 3 M. als Mann. 4. Die Mannschaften beziehen, solange sie mobil sind, mobile Wohnung, soweit sie immobil sind, immobile Wohnung jedoch Gebrüder und Mannschaften monatlich 30 M.

Der Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase, Dittmann, Scheidemann, Landsberg, Barth.

Der Vorkommando der Arbeiter- und Soldatenräte: Mollenhuth, Richard Müller.

Rücktransport der Armee Madensen.

Zur Durchführung der Verhandlungen mit der ungarischen Regierung über den Abzug der Armee Madensen ist Oberst v. Raszow nach Budapest entsandt worden. Er wird die Einzelheiten des Durchmarsches berechnen und besonders darauf hinwirken, daß für die abziehenden Truppen Rüge und Lebensmittel bereit gestellt werden. Die deutsche Regierung ist dagegen bereit, Ungarn nach besten Kräften durch Lieferung von Kohle zu unterstützen, wenn auch durch die stürmischen Ereignisse der letzten Zeit die Kohlenförderung arg zurückgegangen ist und es infolge der Zurückhaltung deutscher Waggons in Oesterreich ein Transportmittel fehlt. Eine Festlegung der Nachfrist, daß Madenska b. Madensen die Waffen gestreckt hätte, ist bei diesem Anlaß bisher nicht eingetroffen. An sich läge dazu auch kein Grund vor. Wenn die ungarische Regierung auf den Belgraden Waffenstillstand und darauf hinweist, daß ihr die Neutralität nicht gestattet, den Durchzug bewaffneter Truppen zuzulassen, so ist diese Bedenkenlegung einseitig. Denn Deutschland hat inzwischen den Waffenstillstand vom 11. November geschlossen, der sich nicht nur auf die Westfront, sondern auf alle Fronten erstreckt; er erlaubt ausdrücklich die Ostfront, trifft Bestimmungen über die deutschen Truppen in Ostasien und über den Balkanfrieden. Infolge dieses allgemeinen Waffenstillstands bestehen völkerrechtliche Bedenken gegen den ungehinderten Durchzug der deutschen Truppen aus Rumänien durch Ungarn mit Waffen nicht mehr.

Polen in den Händen der Polen.

Berlin, 17. Nov. (M.D. Nicht amtlich.) Dem „Vorwärts“ wird aus Polen vom 15. November telegraphiert: Zeit geizern befinden sich die Stadt und ein großer Teil der Provinz Polen in polnischen Händen und zwar gelang diese Umwandlung nicht durch den Einzug der polnischen Legionäre von außen, sondern dadurch, daß die Polen im Arbeiter- und Soldatenrat die Macht an sich brachten. Am 9. November kamen Matrosen und Soldaten nach Polen und verhandelten mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei und regten die Bildung von Soldatenräten an. Die sozialdemokratische Partei verhielt sich dieser Anregung gegenüber ablehnend. Schließlich wurde aber, wie verlautet, die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten von dem Gouverneur selbst angeordnet. In den Arbeiter- und Soldatenräten trat der sozialdemokratische Einfluß zurück. Der frühere polnische Abgeordnete Sedwa nahm die Sache in die Hand, indem er unter scharf erzwungen auf die Juden die Weisung der Arbeiter- und Soldatenräte mit Polen forderte. Am 14. November erließen eine Wache der polnischen Legion vor dem Rathaus, auch einige Militärschiffe ab und begann ihre Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat. Es wurden den Polen vier weitere Ethe zugesprochen. Die sozialdemokratische Partei stellte sich selbst am 15. November, daß mit dem Uebernahme der tatsächlichen politischen Macht in die Hände der polnischen Legionen Bewegung ab mit einer Eskalation getrieben werden müsse. Von den Zentralbehörden in Berlin erwartet sie Maßnahmen zum Schutze der deutschen und jüdi-

gen Minderheit. Auf das Gerücht hin, daß polnische Legionen im Lande seien, wurde Sedwa an die Grenze geschickt. Er kam mit der Nachricht zurück, an diesen Gerüchten sei kein wahres Wort. Die Legionen kommen, wie gesagt, nicht von außen, sondern werden im Innern gebildet. Munitition und Proviant sind in ihren Händen und in Polen regiert der polnische Volkerrat.

Wasserstand des Rheins.

Schaffersinsel 70 Zentimeter, gef. 4 Zentimeter, Rehl 1,56 Meter, gef. 4 Zentimeter, Maxau 3,13 Meter, gef. 4 Zentimeter, Mannheim 2,05 Meter, gef. 10 Zentimeter.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Hermann Adel; für den Anzeigenteil Gustav Kasper, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24

Am 19. Oktober 1918 sind drei neue Bekanntmachungen über Güter und Leber in Kraft getreten.

Durch die Nachtrag-Bekanntmachung Nr. L. 111/10. 18. N.N. wird die Bekanntmachung vom 20. Oktober 1917 Nr. L. 111/7. 17. N.N. betreffend Beschlagnahme und Verpfändung von rohen Großviehhäuten und Kälberhäuten, abgeändert. In der alten Bekanntmachung ist nach der Beschlagnahme die Veräußerung der Häute gestattet, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Zu diesen Bedingungen gehört die Pflicht, bestimmte Bücher zu führen die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Häute nicht über einen festgesetzten ökonomischen Wert hinaus gelangen, und die Pflicht, bestimmte Preisen für die Veräußerung der Ware einzufakteln. Einzelheiten dieser Bedingungen sind durch die Nachtrag-Bekanntmachung abgeändert worden.

Eine erhebliche Minderberührung liegt in der Aufhebung der Erlaubnis für Landwirte aus deren eigenen Gärten und Nebengärten stammende Häute in beschränktem Umfang in Lohn zu geben. An die Stelle dieser Vorrichtung wird eine besondere Zustimmung von Leber für Landwirte treten.

Während über diese Zulassung in der Nachtrag-Bekanntmachung keine Bestimmungen getroffen sind, enthält sie, neben den auf die Nachtrag-Bekanntmachung bezüglichen Nebenbestimmungen, Vorschriften über die Aufteilung von Häuten und Flecken an diejenigen Behörden, die bisher von Landwirten Güter zur Veräußerung annehmen durften ohne sonst Häute zugestrichelt zu erhalten.

Kerner wurde eine zweite Nachtrag-Bekanntmachung Nr. L. 888/10. 18. N.N. am 17. November 1918, betreffend Höchstpreise und Beschlagnahme von Leber, erlassen.

An dieser wird bestimmt, daß sämtliche Leberabfälle von nun an nicht mehr von dieser Bekanntmachung betroffen werden. Für Leberabfälle tritt vielmehr die nachstehende in dritter Stelle zu besprechende Bekanntmachung in Kraft.

Durch die Nachtrag-Bekanntmachung sind weiter die Höchstpreise für Leber teilweise abgeändert. Auch ist vorbestimmt, daß der Höchstpreis nur 80 v. H. des sonst in Frage kommenden Höchstpreises betragen, wenn das Leber nicht in genau ansehnlicher Art unmittelbar durch Stempeldruck oder Schrift mit der Firma des Leberherstellers und anderen Kennzeichnungen versehen ist.

Die dritte Bekanntmachung Nr. L. 899/10. 18. N.N. schließlich betrifft sämtliche Leberabfälle außer den Abfällen von Leberherstellern und den Abfallherstellern. Die betroffenen Abfälle werden beschlagnahmt mit Ausnahme der in dem Betrieb der Berei- und Marinematerialien und in den dem Lebensmittelgewerbe ansehnlich für Schmelzindustrie unterstellten Schmelzfabriken anfallenden Abfälle. Trotz der Beschlagnahme ist in gewissem Umfang die Veränderung und Veräußerung erlaubt. Für die Abfälle, die nicht innerhalb einer bestimmten Frist veräußert oder der Erlaßbescheinigung zum Höchstpreise angeboten sind, besteht eine Meldepflicht. Ferner werden Höchstpreise für fertige und unferierte Leberabfälle festgesetzt. Diese gelten nur für den Verkauf bis zur Veräußerung der Gegenstände an die Erfindlichen Gesellschaft, Produktionsgenossenschaft oder Waren-Arbeits-Gesellschaft. Die Verkäufer der von den Abfallherstellern betroffenen Leberabfälle sind auf Grund der in der Bekanntmachung enthaltenen Aufforderung verpflichtet, diese auf Verlangen bestimmter Stellen zu den festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen.

Der Volltext der drei Bekanntmachungen ist bei den Bezirksleiterämtern und Polizeibehörden einzufischen. 5606

Grossherz. Hoftheater.

Dienstag, den 19. November 1918. 5708
Montagsmiete Nr. 11.

Die lustigen Weiber von Windsor.

Komisch phantastische Oper in 3 Akten, mit Tanz, nach Shakespeare gleichnamig, am Lustspiel gelehrt von H. S. Mosenthal. Musik von Otto Nicolai.

Anfang: 6 Uhr Ende: gegen 9 Uhr.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen.

Dr. med. Schwidop

Arzt für Nasen-, Rachen- und Ohrenkrankheiten.

Karlsruhe, Kriegsstr. 151. - Fernspr. 1889.

(Zwischen Karl- und Hirschstrasse)

Sprechstunde wochentags 5-6 Uhr nachmittags.

Sonst nur nach besond. Verabredung. 5703

Habe meine Tätigkeit wieder voll aufgenommen.

Fritz Baniseth

Dentist

Kaiserstrasse 52 Tel. 3077

Sprechstunden: 9-12, 2-6. 5707

Die Badische Landwirtschaftskammer

veranstaltet am Mittwoch, den 20. November, vormittags 10 Uhr, in Karlsruhe (Gott-Sauer-Schloß) eine Abgabe einer Anzahl

Pferde.

Wiederverkäufer und Händler sind von der Abgabe ausgeschlossen.

Ställe und Stallier sind mitzubringen.

Im Verlage des Landesverbandes der Sozialdemokratischen Partei Badens ist erschienen und durch unsere Zeitungs-Vertriebsstellen sowie durch die Parteiluchhandlung in Karlsruhe zu beziehen.

Badischer Volks-Kalender

für das Jahr 1919.

Preis 75 Pf.

Nach auswärts und ins Feld 15 Pf. Porto.

Für Wieserverkäufer Rabatt.

Tüchtige Schneider

für Röcke, Westen und Hosen suchen sofort

Weith Groh & Sohn,

Kaiserstr. 114. 5618

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmstr. 32, 1 Et.

Reichswaren-Mäntel

Reise, Busen

in großer Auswahl

Parteiliteratur
Zu beziehen von dem
Buchhdlg. Volksfreund
Luisenstraße 24

Arbeiterrat Karlsruhe.
 Dienstag abend 8 Uhr, im Saale des „Gold. Adler“,
 Karl Friedrichstraße,
Versammlung.
 Vollzähliges Erscheinen notwendig. Der Zutritt nur
 gegen Ausweis Karte gestattet.
 Der Vorstand.

Aufruf
 zur Vergabe entbehrlicher Männeranzüge und Mäntel sowie
 Wäsche.
 Die Versorgung der heimkehrenden Krieger mit Kleidungs-
 stücken und Wäsche nimmt infolge der schnellen Demobilisierung
 einen weit größeren Umfang an, als anfänglich zu erwarten war.
 Wenn auch alle zur Verfügung stehenden Mengen jetzt heran-
 gezogen werden, so genügt dies doch nicht, um den Bedarf zu
 decken.
 Wir richten daher an alle, die dazu in der Lage sind, die Bitte,
 durch Ablieferung getragener Kleidungs- oder Wäschestücke (vor
 allem Hemden) die Versorgung dieser Männer zu unterstützen. Auf
 Antrag wird für die abgelieferten Gegenstände angemessene Ver-
 zütung gewährt.
 Die Annahmestelle befindet sich Kaiserstraße 91 (Goldener
 Ochsen), geöffnet: 9-11 Uhr und 1-3 Uhr. Auf Wunsch
 werden die Gegenstände durch uns abgeholt.
 Karlsruhe, den 16. November 1918.
 Das Bürgermeisteramt.

**An die
 Hausbesitzer von Karlsruhe.**
 Die Stadtverwaltung läßt in den nächsten Tagen durch Be-
 auftragte, die schriftliche, amtlich gestempelte Ausweise erhalten
 und solche bei Ausübung ihrer Tätigkeit vorzeigen haben, in den
 Häusern aller Stadtbezirke eine Nachschau vornehmen, durch welche
 festgestellt werden soll, in welchen Häusern noch unbenützte Woh-
 nungen oder Räume, die für Wohnungen oder Vermietung von
 Einzelzimmern verwendbar sind, sich befinden.
 Diese Nachschau ist im Hinblick auf den herrschenden Woh-
 nungsmangel nicht zu umgehen. Die mit der Nachschau betrauten
 Personen sind aber angewiesen, in der Ausführung dieser Maß-
 nahme unerwünschte Störungen der Vermieter und der Mieter
 zu vermeiden. Andererseits aber muß verlangt werden, daß weder
 die Vermieter noch die Mieter der Nachschau Schwierigkeiten be-
 reiten, sondern die in Betracht kommenden Räume mit Bereit-
 willigkeit vorzeigen und die erforderliche Auskunft erteilen.
 Wir eruchen daher alle Hausbesitzer, insbesondere die Mit-
 glieder unseres Vereins und alle Mieter, mit Rücksicht auf die
 dringende Wohnungsfrage und im Interesse der Aufrechterhaltung
 der öffentlichen Ordnung durch freiwilliges Entgegenkommen zu
 einer glatten Durchführung der Wohnungsnachschau beizutragen.
 Wir richten dabei an unsere Mitglieder ferner die Bitte,
 sich gegebenenfalls mit ihren Mietern darüber ins Benehmen zu
 setzen, ob etwa namentlich durch eine neue Einteilung der vorhan-
 denen Dachstübchen weitere selbständige Wohnungen zur Ver-
 mietung bereitgestellt werden können.
 Wir hoffen, daß unsere Mitglieder auch in diesen schweren
 Tagen die gleiche Opferwilligkeit zeigen, die sie während des Krie-
 ges bewiesen haben.
 Der Grund- und Hausbesitzerverein.

Hohen Verdienst
 erzielen Hausierer, Händler usw.
 durch Vertrieb leicht verkäuflicher
Marketenderei-Artikel
 an die jetzt in Massen durchziehenden
 und einquartierten Truppen.
 Für Kantinen u. Verpflegungs-
 stellen besonders geeignet.
 Interessenten erhalten näheren Bescheid
**Karlsruhe, Hotel Vittoria, Zim-
 mer 42, Montag nachmittag und Diens-
 tag von 8 Uhr vormittags bis abends
 8 Uhr.**

Großer Posten
Carbid-Lampen
 eingetroffen. 5883
 Günstige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Hartung & Rüger
 Marienstraße 63. — Telephon 3211.

Rasier-Ringen
 (Silber), werden haarlos ge-
 schliffen. Etw. 10 Pfg. 5609
 Kaiserstr. 34, Baden.

**Ausgekämmte
 Frauenhaare**
 lauft 5508
 Oscar Becker, Haarhandlung
 Kaiserstr. 22.

Todes-Anzeige.
 Verwandten, Freunden und Be-
 kannten die traurige Mitteilung, daß
 mein lieber Vater, unser Bruder,
 Schwager, Onkel und Neffe
Robert Scheib
 Schreiner
 an einer Rippenfellentzündung in einem Lazarett
 in Stolbus laut entschlafen ist.
 Die Beerdigung fand am 16. d. M. statt.
 Karlsruhe, den 17. November 1918.
 Die trauernden Hinterbliebenen:
Erich Scheib, Kind.
 Seine Geschwister:
 Familie **Gustav Scheib**
 " **Emil Scheib**, Offizierstellvertreter
 " **Karl Scheib**, Schweighausen
 Frau **Wegner**, geb. Scheib und Familie
 Familie **Wilhelm Scheib**, vermählt.
 Frau **Kurzenhäuser**, geb. Scheib und Familie
 Adolf Scheib u. Familie, z. J. im Lazarett in Bahr
 Max Scheib und Familie, z. J. im Felde.
 Zu früh bist du von uns geschieden!

Städtisches Bierordtbad.
Große Schwimmhalle.
 Für Frauen und Mädchen geöffnet: Werktag vormittags 9
 bis 11 Uhr und nachmittags 3-1/2 bis 5 Uhr, mit Ausnahme
 Samstags nachmittags, so wie freitags abends 6-8 Uhr.
 Für Herren und Knaben geöffnet: Werktag vormittags 8 bis
 9 Uhr und 11-1 Uhr, nachmittags 1/2-5-8 Uhr, freitags
 nachmittags 1/2 bis 6 Uhr, sowie Samstags nachmittags
 3-9/2 Uhr. Sonntags geschlossen. 5136
 Mittags 1-3 Uhr geschlossen.

Pelz-Waren
 in grosser Auswahl.
 Besonders **Alaska-Fuchs**
 sowie alle andern Pelz-Arten
 empfiehlt wirklich preiswert.
32 Nur Zirkel 32
 1 Treppe hoch. W. Lehmann. 5099

Email-Geschirre
 werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 4692
Geschirr-Reparaturanstalt
 Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421.

**Schlosser
 Schreiner
 Zimmerer
 Maurer
 Hilfsarbeiter**
 finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung.
 Gute Verpflegung zu angemessenen Preisen
 in der Werkstätte, auf Wunsch auch Schlaf-
 gelegenheit. — Nachweislich gebaute Fahrkarten-
 auslage für Ferreise wird vergütet.
Lonza-Werke, Elektrochem. Fabriken
 Waldshut. 5687

Brennholz.
 Eichen- und Eichenbrenn-
 holz, geläut u. d. gepulvert, auch
 für alle Zentralheizungen ge-
 schitten, zum Strecken von
 Rohlen und Holz, sowie feine
 gepulvertes Anfeuer-Holz,
 liefern fortwährend zu den von
 dem Brennholzamt festgesetzten
 Preisen frei ins Haus. 5629
Ludwig Braun & Co.
 Sägerei und Spalterei
 Bündelholzfabrik.
 Lagerplatz Schlachthausstr. 12.
 Telephon 6222 und 3696.

**Haus- und
 Küchenmädchen**
 zum sofortigen Eintritt sucht
 Städt. Krankenhaus.
Knopflochmaschine.
 Zur Bedienung der Knopf-
 lochmaschine wird gelernter
 Schneider oder Schneiderin
 sofort gesucht. 6693
Mees & Löwe
 Kaiserstraße 46.

Sonntag, den 24. November, nachm. 4 Uhr
 im **Städtischen Konzerthaus**
Die Jahreszeiten
 Ein Oratorium von Josef Haydn.
 Solisten: Hofopernsängerin Mäurer-Reichel
 Hofopernsänger Franz Schwegel
 Konzertsänger Otto Wessbecher.
 Chor und Orchester des Münzchen Konservatoriums
 unter Mitwirkung eingeladener Damen und
 Herren und hiesiger Künstler.
 Leitung: Theodo. Münz.
**Karten zu Mk. 3.20, 2.20, 1.50 in der Hofmusikalien-
 handlung Doert.** 5697

Post-Konservatorium
 Waldhornstr. 8 für Musik Telephon 1940
 Habe die künstlerische Leitung wieder
 persönlich übernommen.
 Anmeldungen täglich ausser Sonntags. 5686
 Direktor Hermann Post.

Handlanger-Gesuch.
 Auf eine mehrmalige Annonce „Handlanger-Gesuch“
 haben wir bis heute einen einzigen Mann erhalten. Wir
 suchen tüchtige Handlanger zum sofortigen Eintritt.
E. & H. Allmendinger
 Gips- und Stukkaturgeschäft 5689
 Karlsruhe, Melanchthonstraße 2.

Warm und trocken
 bleiben die Füße bei Ver-
 wendung der neuen, leicht
 anbring- und abnehmbaren
Schuhsohle
 mit „Drahtspirale“.
 Neuheit! D. R. G. M.
 Kleinverkauf bei 5699
Ernst Marx,
 Luisenstraße 58.
 Fernruf 3093.

**Kastatter
 Kochherde**
 in großer Auswahl
 sind preiswert zu verkaufen
Ernst Marx,
 Luisenstr. 58. 5417

Möbel und Linoleum
 beschlagnahmefrei.
 Wegen Räumung werden
 einige Betten, Schränke, Verti-
 kaler, Küchengeräte und sonstige abgegeben.
 Händler berufen 5700
 W. Seiter
 Sofienstraße 93, parterre.

100 Briefmappen glatt 11.50
 lin. 15.50, 19 u. 21 M. je 5 Brief-
 bogen, 5 Kuverts.
100 Postkarten 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.
Schuhmacher
 gesucht.
Mayer, Waldhornstr. 36.

Druckarbeiten
 alle Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund.
Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.
 Geschlechtsregister. Karl Dunfels von Krefeld, Färber alle,
 mit Lina Behmann von Leopoldshafen. August Rechenmaier von
 Stimpfach, Kaufmann hier, mit Emilie Biegler von Kieselbrunn.
 Todesfälle. Max Burdhardt, Agent, ledig, 50 J. alt. Luise
 Neureuther, 17 J. alt, Fabrikarbeiterin. Wilhelm, 7 J. alt, S.
 + Wilhelm Vogel, Tagelöhner. Maria Haag, 26 J. alt, Dienstmäd-
 chen; Luise Friedmann, Pader. August, 3 J. alt, W. Albert So. A.
 Speck, Lokomotivheizer. Bertha, 12 J. alt, W. Karl Bohner,
 Reintine Loos, 43 J. alt, ledig, Hauptkammerin. Katharina Fritze,
 Bierbrauer. Wilhelm Weder, Kaufmann, Witwe, 76 J. alt,
 60 J. alt, Ehefrau von Karl Fritze, Glaser. Lydia Wodemer, 16
 Jahre alt, ledig, Dienstmädchen. Eliza Katharina Häfeler, 29 J. alt,
 Ehefrau von Jakob Häfeler, Bautechniker. Katharina Mauz, 88 J.
 alt, Witwe von Max Mauz, Schlosser. Wilh. im Wiedermann, W.
 datmann, Witwe, 84 J. alt. Katharina Wörz, 52 J. alt, Ehe-
 frau von Karl Wörz, Feidner. Josef, 12 J. alt, W. Karl Hans,
 Dienstm. Hildegard, 1 J. 11 Mon. 17 Tage alt, W. Friedrich
 Keller, Monteur. Theresia Dannermaier, 67 J. alt, Witwe von
 Karl Dannermaier, Maurer. Maria Gröber, 88 J. alt, Witwe
 von Otto John, Architekt. Elise Fromm, 29 J. alt, Ehefrau von
 Theodor Fromm, Bürogehilfe. Friederike Brunner, 4 J. alt, Ehe-
 frau von Friedrich Brunner, Tischler. Margarete Thielicke,
 17 J. alt, Dienstmädchen. Hedwig Wenzel, 24 J. alt, ledig, Bü-
 lerin. Anna Karolina Häfeler, 51 J. alt, ledig, Schulpflegerin.
 Maria Neuser, 46 J. alt, Ehefrau von Josef Neuser, Radler.

No.
 Die b...
 wdmet den...
 An d...
 Die b...
 rüchfert, un...
 tiefer Behn...
 terland gef...
 jen wir ihr...
 Nicht be...
 Welt von...
 eine Arme...
 Wassenhül...
 Opfer des...
 übermüt d...
 Ihr Sol...
 mit vor den...
 Kriege...
 Eurem Ruh...
 Solda...
 Staat. Gur...
 die Tächtig...
 verbürgt un...
 Karls...
 Die hat...
 Drumm...
 Ma...
 Die W...
 Die I...
 W. B. B...
 gen ist durch...
 ländliche R...
 deutliche...
 Kommission...
 an die gegne...
 Regieru...
 ten: Bei M...
 eingeseh...
 sich dabei...
 wüßten etw...
 truch des...
 mit eine...
 schaftsl...
 unmisslich...
 den infolge...
 rang bestimm...
 nachlieferun...
 werden vorau...
 zurückgelassen...
 aus Deutschl...
 stigkeiten, der...
 Hierauf e...
 bruch:
 Die Trag...
 stift von 31...
 den und 150...
 ändert w...
 haffeln vo...
 gesten Fri...
 Die deu...
 schbaren...
 her Bestim...
 nation drohe...
 Bestimmungen...
 (Gz.)
 W. B. B...
 gen ist durch...
 den Regieru...
 dem weiteren...
 an äbere...
 schäfte Kü...